

NICARAGUA

Pastorin zu 15 Jahren Haft verurteilt

Zur „Gefangenen des Monats September 2024“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA die evangelische Christin Marisela de Fátima Mejía Ruiz benannt. Die 40-Jährige ist Pastorin der Missionsorganisation „Puerta de la Montaña“, auf Deutsch „Berg-Portal“, ein Zweig der US-amerikanischen Gruppe „Mountain Gateway“. Bei einer Razzia nicaraguanischer Sicherheitskräfte am 17. Dezember 2023 wurde sie zusammen mit zehn weiteren Führungskräften festgenommen. Einige Tage darauf wurde die Organisation aufgelöst und verboten.

Seit den Massenprotesten gegen das Regime im Jahr 2018 werden Kritiker des sozialistischen Machthabers Daniel Ortega drakonisch verfolgt; mehrere Tausende von Bürgerinitiativen, privaten Einrichtungen, Medien und religiöse Körperschaften wurden seither für illegal erklärt, enteignet, ihre Leitungen inhaftiert oder

Musterbrief

An den Präsidenten
Daniel Ortega
c/o Botschaft der Republik Nicaragua
Ebendorferstrasse, 10-3-12

A-1010 Wien

Sehr geehrter Herr Präsident,

ich wende mich hiermit in Sorge um die 40-jährige evangelische Pastorin und Familienmutter Marisela de Fátima Mejía Ruiz an Sie. Am 17. Dezember 2023 wurde sie bei einer Razzia der nicaraguanischen Nationalpolizei zusammen mit zehn weiteren Führungskräften der Organisation „Puerta de la Montaña“ festgenommen. Einige Tage darauf wurde die registrierte Körperschaft aufgelöst und verboten. Im März erfuhr die internationale Öffentlichkeit dann von der Verurteilung zu 15 Jahren Gefängnis sowie zur Zahlung von 80 Millionen US-Dollar. Die betroffene Gruppierung verweist in öffentlichen Stellungnahmen darauf, sich stets strikt an staatliche Vorgaben gehalten zu haben und schildert ihren Umgang mit Regierungsstellen als respektvoll. Meine Sorge bezieht sich nicht allein auf das hohe Strafmaß und die unhaltbaren Vorwürfe, sondern auch auf den gegenwärtigen Gesundheitszustand der Inhaftierten, da Marisela de Fátima Mejía Ruiz erst kurze Zeit vor ihrer Festnahme ein Kind zur Welt gebracht hat. Ich bitte Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um diese Pastorin freizulassen und sofort eine ausreichende medizinische Versorgung sicherzustellen.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>



FOTO: PRIVAT

ausgebürgert. Die Verfolgung wird regelmäßig mit Wirtschaftsverbrechen begründet, wobei die Vorwürfe jeglicher Grundlage entbehren.

Ruiz und ihre Mitgefangenen wurden wegen Geldwäsche vor Gericht gestellt. Ihre Organisation entgegnete den Vorwürfen mit der Feststellung, sich an alle staatlichen Vorgaben gehalten zu haben. Am 19. März 2024 wurde sie zu 15 Jahren Gefängnis sowie zur Zahlung von 80 Millionen US-Dollar verurteilt. Ruiz war kurz vor der Festnahme zum zweiten Mal Mutter geworden. Die erforderliche medizinische Nachsorge wird ihr vorenthalten. IGFM und IDEA bitten darum, an den Präsidenten Daniel Ortega zu appellieren, sofort die medizinische Versorgung der Pastorin zu gewährleisten und sie freizulassen.

VIETNAM

Inhaftierte Christen verschwunden

Die US-amerikanische Organisation International Christian Concern hat das Verschwinden von elf Christen in Vietnam angeprangert. Es handelt sich dabei um eine Liste von sechs evangelischen und fünf katholischen Christen, die der indigenen Volksgruppe der Montagnards im zentralen Hochland angehören. Sie wurden in den Jahren 2011 bis 2016 zu Haftstrafen verurteilt, die sie inzwischen sämtlich verbüßt haben müssten. Den-

noch ist ihr derzeitiger Aufenthaltsort unbekannt und die vietnamesischen Behörden geben dazu auf Nachfrage keine Antwort.

Die Betroffenen gehören überwiegend nicht staatlich registrierten Gemeinschaften an. Mit dem „Gesetz zu Glaube und Religion“ versucht die kommunistische Führung seit 2018, insbesondere die religiösen Aktivitäten der indigenen Bevölkerung zu kontrollieren. Es schreibt eine staatliche Regis-

trierung zwingend vor, die kompliziert und langwierig ist sowie zur Preisgabe detaillierter Informationen anhält.

Beunruhigend sind insbesondere Berichte über Folter, die die Gruppe der fünf Katholiken von der Gemeinschaft Ha Mon laut der US-Kommission für Internationale Religionsfreiheit (USCIRF) erlitten haben. Ihnen wurde „Gefährdung der nationalen Einheit“ zur Last gelegt.

NIGERIA

US-Kommission: Regierung versagt bei Verfolgung von Gewalttätern

In ihrer aktuellen Länderstudie zur Lage der Religionsfreiheit in Nigeria hat die US-Kommission für Internationale Religionsfreiheit (USCIRF) die Strafverfolgung wegen angeblicher Gotteslästerung (Blasphemie) in dem westafrikanischen Land angeprangert. Insbesondere kritisiert die Kommission in dem im August erschienenen Bericht, dass Gewalttaten infolge derartiger Vorwürfe oftmals nicht geahndet werden. Sie erinnert in diesem Zusammenhang an das Schicksal der Christin Rhoda Jatau.

Die fünffache Familienmutter Jatau hatte im Mai 2022 über den Mitteilungsdienst WhatsApp einen Kommentar aus Ghana zum Lynchmord an der Studentin Deborah Emmanuel Yakubu im nigerianischen Bundesstaat Sokoto erhalten und an Kollegen weitergeleitet. Wegen einer angeblich gotteslästerlichen Audio-Nachricht auf WhatsApp war Yakubu – ebenfalls Christin – von einem Mob gesteinigt und verbrannt worden. Jatau, die selbst nur knapp einem Lynchmord entkam, wur-



Sie sind dort vor Anschlägen nie sicher: Christen am Sonntag in der Kirche. Das Beispielbild zeigt: Schwester Claret (nigerianische Partnerorganisation WETE) und IGFM-Referentin Michaela Koller werden herzlich in einer Kirche in Enugu im Süden des Landes begrüßt.

de festgenommen und erst nach 19 Monaten Haft gegen Hinterlegung einer Kaution freigelassen. Das Verfahren gegen sie wegen „Anstacheln zu öffentlichem Aufruhr“ sowie „Herabwürdigung einer religiösen Überzeugung“ ist weiterhin anhängig.

Unter den weiteren Schicksalen, die von der USCIRF beispielhaft angeführt werden, befinden sich drei Sufis. Unter ihnen

ist der Sufi-Ordensangehörige Abdulazeez Inyass, der bereits seit 2015 eingesperrt ist. Ein Gericht verurteilte den Sufi-Lehrer Abduljabar Nasiru Kabara, der 2021 inhaftiert wurde, im Jahr 2022 zum Tode.

Mit mörderischen Überfällen, Entführungen, Vergewaltigungen und Raub kommen überwiegend dschihadistisch motivierte Rebellen Gruppen meistens strafflos davon und erschüttern viele Regionen des bevölkerungsreichsten afrikanischen Landes. Die USCIRF nennt in dem Report schockierende Beispiele: Bei einer Hochzeit im Juni im Bundesstaat Borno rissen Selbstmordattentäterinnen der Terrorgruppe Boko Haram 18 Menschen mit in den Tod; bei der Beisetzung der Opfer wurde wiederum ein Attentat verübt. Kämpfer des regionalen ISWAP (Islamischer Staat West-Afrika Provinz) entführten im Juni in demselben Bundesstaat drei Christen, ermordeten sie, filmten ihre Taten und veröffentlichten die Aufnahmen auf ihrer Internetpräsenz.

DR KONGO

Dschihadisten-Feldzüge gegen Christen nehmen zu

In der Demokratischen Republik Kongo nimmt die Gefahr für die dort lebenden Christen dramatisch zu: Insbesondere in den nordöstlichen Provinzen Nord-Kivu und Ituri sind in der ersten Hälfte 2024 mehrere Hundert Christen von dschihadistischen Gruppen ermordet worden, vor allem vom IS Zentral-Afrikanische Provinz

(ISCAP). Sie haben dort ihre Angriffe in den vergangenen Monaten ausgeweitet, wie Medien berichten. Allein 300 Christen sollen im Juni beispielsweise dem ISCAP zum Opfer gefallen sein, darunter waren rund 60 Christen, die in Masala im Beni Territorium der Provinz Nord-Kivu am 7. Juni geköpft wurden. Im Juli folgten weitere 70 Morde

an christlichen Einwohnern. Einer Analyse der BBC zufolge konnte festgestellt werden, dass im ersten Halbjahr 2023 sich die militante Gruppe in dem zentralafrikanischen Staat zu 57 Prozent mehr Anschlägen als in den sechs Monaten zuvor bekannte. Seit 2017 hat der ISCAP Schätzungen zufolge ungefähr 5.500 Menschen ermordet.

IRAK

Siedlungsgebiete von Minderheiten noch ein Jahrzehnt nach Völkermord gefährlich

Zehn Jahre nach dem Völkermord an den Jesiden ist deren Rückkehr in das Shingal-Gebiet weiter von Unsicherheit und Bedrohung geprägt, berichtet die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM). Insgesamt ist die Lage für Jesiden, Christen und andere Minderheiten in Teilen des Iraks weiterhin gefährlich. So kehren immer mehr IS-Kämpfer in die Re-

gion Mossul zurück. Berichte über bewaffnete IS-Konvois in der Nähe von Shingal lösen Angst vor einer Wiederholung des Völkermordes von 2014 aus. Christliche und jesidische Gemeinschaften sind weiterhin nicht rechtlich gleichgestellt, und die Aufarbeitung der IS-Gräueltaten bleibt aus, kritisiert die IGFM.

In der Nacht vom 3./4. August 2014 ver-

übte die islamistische Terrororganisation Islamischer Staat (IS) im Shingal-Gebiet im Nordwesten des Iraks einen gezielten Völkermord an der religiösen Minderheit der Jesiden. Tausende unbewaffnete Jesiden, aber auch in dieser Region lebende Christen und Schiiten wurden ermordet, Frauen und Mädchen verschleppt, vergewaltigt und versklavt.

Nächste Sitzung des AK Religionsfreiheit: Mittwoch, 16. Oktober 2024 um 18 Uhr in der IGFM-Geschäftsstelle, Edisonstraße 5 in Frankfurt/Main. Ihre Beiträge sind willkommen. Bitte melden Sie sich an: religion@igfm.de.